

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Kontokonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag  
im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundziffern in RM: Die 42 mm breite Zeilenlänge (Moffe's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung  
bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts  
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bremitz, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von G. A. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr) Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 106

Sonnabend, den 7. Mai 1927

79. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

### Liege-Kuren

Auch in diesem Jahre sollen im Lust'schen Grundstücke wieder Liegekuren für  
Kinder abgehalten werden. Meldungen hierzu werden in der Zeit vom 9.—14. 5. 1927  
vormittags 1/12—1/1 Uhr im Wohlfahrtsamt entgegen genommen. Später  
eingehende Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Pulsnitz, 6. Mai 1927. Rat der Stadt — Wohlfahrtsamt

### Bekanntmachung

Laut Verordnung des unterzeichneten Stadtrates vom 1. Oktober 1902 ist es mit  
Geldstrafe bis zu 60 RM, ersatzweise mit Haft bis zu 14 Tagen verboten, Schirmdächer usw.  
vor den Schaufenstern usw. in den hiesigen öffentlichen Straßen und Plätzen niedriger als  
1,9 m vom Fußsteige entfernt anzubringen. Des weiteren wird unter gleicher Straf-

androhung verboten, vor den Geschäftsläden Waren und andere Gegenstände auf den  
Bürgersteigen oder den Straßen und Plätzen auszustellen. Letztere Bestimmung wird dahin  
gemildert, daß das Auslegen von Waren in einem solchen Umfange, daß dadurch der  
öffentliche Verkehr auf den Bürgersteigen nicht behindert wird, an den Markttagen  
(Sonnabenden und an den Jahrmartstagen) gegen Zahlung der üblichen Gebühren  
gestattet wird.

Eoweit die Schirmdächer usw. der Verordnung vom 1. Oktober 1902 nicht ent-  
sprechen, sind sie bis spätestens den 31. Mai d. J. abzuändern.

Pulsnitz, den 6. Mai 1927.

Der Stadtrat.

### Die Verpflegung im hiesigen Stadtkrankenhaus

sind mit Wirkung ab 1. April d. J. um rund 10 Prozent erhöht worden und hängen  
zur Einsichtnahme im Rathaus aus.

Pulsnitz, am 7. Mai 1927.

Der Stadtrat.

## Zum Muttertage

Mutter, heut' läßt du die Hände ruhn!  
Die nimmermüden, sie sollen  
Einmal nur rasten und gar nichts tun,  
Weil wir Dir danken wollen!

Die du in Alltags Sorgen und Hast  
Nie magst an dich einmal denken,  
Sollst heut' den ganzen Tag deine Last  
Unsern Schultern verschenten!

Und des erwachenden Frühlings Bier,  
Veilchen und Anemonen,  
Stellen wir heimlich ins Zimmer heut' dir  
Dein sorgendes Viechen zu lohnen.

Was deine selbstlose Mütterlichkeit  
Gesät — laß einmal dir's sagen!  
Was du uns tatest in Freuden und Leid,  
Muß selbige Früchte tragen!

Mutter — wir wollen still dankend knien  
Zu deinen Füßen heut' nieder,  
Froh deine Hand an die Lippen ziehn  
Immer und immer wieder!

Und jeder Herzschlag kling' dir zum Ruhm  
Und jeder unsrer Gedanken  
Preis heute dein opferndes Muttertum  
Dem alles wir Menschen verdanken!

Felix Leo Göderik.

## Das Wichtigste

Wie schon vom polnischen Außenministerium erklärt wird, ist die  
heutige Mitteilung des „Glos Prawy“, daß die polnische Re-  
gierung der deutschen Regierung eine Protestnote wegen der  
Hergt-Rede überreichen wolle, völlig aus der Luft gegriffen.

Nach einer Moskauer Meldung steht die Stadt Samara zum  
größten Teil unter Wasser Infolge des weiteren Anstiegs  
des Wassers ist über die Stadt der Kriegszustand verhängt  
worden. Der Schaden betragt bis jetzt ungefähr 2 Mill. Rubel.  
Polen geht mit neuen Gevölkern gegen die Deutschen in  
Oberschlesien vor

Die französischen Truppen übermachten von der Grenze aus das  
Saargebiet.  
Der Stahlhelm nahm seinen Aufbruch mit einer Schulungstagung.  
Im Schwarzwald ist infolge furchtbarer Regengüsse der Kreuztal  
bach zu einem reißenden Strom angeschwollen, der große Ver-  
heerung verursacht.

Bei einer Vorstellung eines Zirkus in Szegebin (Ungarn) brach  
die der Lokalanzeiger aus Wien meldet, bei Vorführung einer  
Päringruppe ein Bar plötzlich aus der Manege und griff die  
Zuschauer an. Ein Mädchen erlitt durch die Tugendlebe so  
schwere Verletzungen, daß es auf der Stelle starb. Bei der  
Panik und dem Gedränge, die in dem Zirkus entstanden,  
wurden 13 Kinder und 3 Frauen schwer verletzt.

Wie die Vossische Zeitung aus London meldet, ist nach schweren  
Straßenkämpfen zwischen Studenten, Polizei und Militär in  
La Paz über ganz Bolivien der Kriegszustand verhängt worden.  
Wie aus Moskau geneldet wird, sind in der sowjetrussischen  
Ukraine in der Zeit vom Januar d. J. bis jetzt im ganzen  
200 Kirchen und 38 Synagogen geschlossen worden Die Bevöl-  
kerung hat sich dieser Maßnahme aufs heftigste widersetzt und  
die Priester haben an die Regierung eine Petition eingereicht.

## Polnische Protestnote an die Reichsregierung?

Wegen der Hergt-Rede in Bentzen

Einberufung der Septemberversammlung des Völkerbundes — Vor neuen Ereignissen in China — Reichsbanner für Ein-  
heitsstaat — Eine bedeutsame Rede Laytons — Die Berliner Nationalsozialisten verweigern die Annahme  
des Auflösungsdekrets

Berlin. Aus Warschau liegt eine Meldung vor, daß  
die polnische Regierung eine offizielle Note nach Berlin senden  
will, um gegen die Rede des Bizekanzlers Dr. Hergt auf der  
Deutschnationalen Ostmarkenversammlung in Bentzen zu protes-  
tieren. Im Berliner Auswärtigen Amt wird die Nachricht  
noch nicht bestätigt.

Nach Auffassung des gesamten Kabinetts hat der Bize-  
kanzler Hergt in seiner Rede nur mit Recht festgestellt, daß  
Deutschland bereits in Locarno sein Vertragsverhältnis zu  
den Oststaaten geregelt hat und daß darüber hinausgehende  
Abmachungen nicht möglich seien. Wenn die polnische Re-  
gierung deswegen eine Protestnote nach Berlin senden will,  
so kann man sich einen solchen Schritt nur damit erklären,  
daß die polnische Regierung im Rahmen der schwebenden  
Verhandlungen über das Niederlassungsrecht einen Druck  
auf die deutsche Regierung ausüben will. Die  
polnische Regierung kann schon heute versichert sein, daß sie  
auf eine Protestnote eine sehr ruhige, aber auch sehr be-  
stimmte Antwort erhält.

Deutsche Kinder zum Besuch polnischer Schulen  
gezwungen.

Umgehung der Genfer Abmachungen durch  
Polen.

Kattowitz. Die Wojwodschast hat angeordnet, daß in  
deutschen Schulen untergebrachte Kinder auf ihre Kenntnisse  
in der deutschen Sprache durch die Kreis- und  
Inspektoren zu prüfen seien. Auf Grund des Er-  
gebnisses dieser Prüfungen will die Wojwodschast die Ab-  
nahme der deutschen Sprachprüfungen durch den Schweizer  
Schulfachmann beantragen.

Dieses Verfahren ist unzulässig, da der  
Schulfachmann lediglich die für das Schuljahr 1926-27 zur  
Anmeldung oder Ummeldung gekommenen Schüler zu prüfen  
hat. Was die Wojwodschast mit dieser Maßnahme bezweckt,  
erhehlt aus der Tatsache, daß sie die Prüfungen durch  
polnische Lehrpersonen vornehmen läßt.

## Die Franzosen belauern das Saargebiet.

Auf der Suche nach einem Vorwand  
zum Wiedereinmarsch.

Reinz. Die Franzosen beabsichtigen, das Saargebiet  
von der Grenze aus militärisch weiter zu bewachen. Zu diesem  
Zwecke hat der Militärbefehlshaber angeordnet, daß ein Teil  
der mit den Behältnissen im Saargebiet vertrauten Truppen  
in unmittelbarer Nähe des Saargebietes zu  
stationieren ist. Als Garnisonen sind St. Auld  
und Saargemünd vorgesehen. Durch französische  
Agenten soll die Lohnbewegung im Saarlande bis  
zum Streikgeschäft werden. Es ist beabsichtigt,  
bei einem Streik sofort wieder ins Saar-  
gebiet einzurücken. Zu diesem Zwecke sind dem fran-  
zösischen Regierungsmittglied der Saarkommission zwei Batail-  
lone Infanterie zur direkten Verfügung zugewiesen worden.  
Diese Maßnahme bedeutet einen groben Verstoß gegen  
das im Saargebiet geltende Völkerbundstatut.

## Beneidenswertes Amerika.

Die Rede des amerikanischen Delegierten vor der  
Weltwirtschaftskonferenz.

Genf. Die Sensation bei den vielen Reden auf der  
Weltwirtschaftskonferenz ist die Rede des Präsidenten der  
First National Bank in Los Angeles, des Herrn Henry  
Robinson. Die deutsche Öffentlichkeit hat sich erst vor  
wenigen Wochen mit einer Rede von Herrn Henry Robinson  
zu beschäftigen gehabt, in der er von der leichten Erfüllbarkeit  
der Reparationsverpflichtungen durch Deutschland sprach.  
Wer erwartet hätte, daß Robinson wieder die Gelegenheit  
benutzen würde, über die Reparationsfrage zu sprechen, sah  
sich in seiner Erwartung gründlich getäuscht.

Was Herr Robinson inmitten der Klagen über die Wirt-  
schaftsmisere sprach, was er den Vertretern des bedrängten  
Europas vorhielt, das war

das hohe Lied vom Glück und Wohlstand Amerikas.

Mit Ausnahme einiger besonderer Zweige der Landwirtschaft  
und einiger weniger Industrien sei die wirtschaftliche  
Gesamtlage der Vereinigten Staaten gün-  
stig. Die Kaufkraft des einzelnen sei außerordentlich groß.  
Zum Teil führte Robinson die glänzenden amerikanischen  
Fortritte auf die Ablehnung jeder staatlichen  
Aufsicht der Wirtschaft und auf die Antitrustgesetzgebung  
zurück.

Interessant war sein Hinweis auf

das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und  
Arbeitnehmern

und auch die außerordentlich hohen Löhne, die von der ameri-  
kanischen Industrie infolge der äußersten Rationali-  
sierung der Wirtschaft gezahlt werden können. In  
Amerika sei der Arbeiter nicht der Feind, sondern  
ein Freund der Maschine, nachdem er eingesehen  
habe, daß die Ersparnis der Technik ihm und dem ganzen  
Land ein höheren Lebensstandard gewährleiste.

Die folgenden Reden des brasilianischen und schwedischen  
Vertreters boten nichts Neues und Wesentliches.

Vorläufig kein Abbau der Krisenfürsorge.

Der Reichsrat stellt den Entwurf zurück.

Der Reichsrat hat den vom Reichsarbeitsministe-  
rium vorgelegten Entwurf einer Verordnung über Ein-  
schränkungen in der Krisenfürsorge für Erwerbslose vor-  
läufig zurückgestellt. Maßgebend für diesen Be-  
schluß war die Befürchtung einiger Länder unter Führung  
Preußens, es könnte durch den Abbau der Krisenfürsorge eine  
wesentlich stärkere Belastung der Bezirksfürsorgeverbände ein-  
treten und damit der im vorläufigen Finanzausgleich ge-  
schaffene Status sich zuungunsten der Länder verschieben.

Konflikt um die Krankenversicherung der Arbeitslosen.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des  
Reichstags kam es bei der Fortsetzung der Beratung des  
Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu einem  
Zwischenfall. Dem Ausschuß war eine Eingabe einer großen  
Reihe von Angestellten zugegangen, in der die Einföhrung

